

## SUBMISSIONSPODIUM

In Birsfelden wurde über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen diskutiert.

## Am günstigsten, nicht am billigsten



Landrat Markus Meier, Stv. Direktor Wirtschaftskammer Baselland; Philipp Rupp, Rupp Rechtsanwältin; und Hansruedi Senn, Präsident des Gewerbevereins Birsfelden (von links). FOTO MÄCHLER

Die öffentlichen Mittel ordnungsgemäss und wirtschaftlich einzusetzen, sei der Gemeinde Birsfelden ein zentrales Anliegen, sagte **Martin Schürmann**, Leiter der Gemeindeverwaltung, am Submissionspodium vom vergangenen Freitag in Birsfelden. Gesucht sei nicht das billigste Angebot, sondern das wirtschaftlich günstigste, betonte er.

Die Informationsveranstaltung zum Thema «Öffentliches Beschaffungswesen» wurde gemeinsam vom Gewerbeverein Birsfelden und von der Wirtschaftskammer Baselland durchgeführt. Unter der Leitung von **Hansruedi Senn**, Präsident des Gewerbevereins Birsfelden, informierten Landrat **Markus Meier**, Stv. Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, Rechtsanwalt **Philipp Rupp** und die beiden Gemeindevertreter **Martin Schürmann**, Leiter Gemeindeverwaltung, und **Roberto Bader**, Leiter Abteilung Bau und Gemeindeentwicklung, über die kantonale und kommunale Vergabepaxis.

### Qualität ist entscheidend

Dass die Qualität der Ausschreibung entscheidend ist für die Qualität des Endprodukts, war unter den Teilnehmenden unbestritten. Je detaillierter die Zuschlagsbehörde die Eignungskriterien formuliere, desto eher entsprächen die Angebote den Ansprüchen.

Die Referenten zeigten anhand von Praxisbeispielen auf, dass – neben dem Preis – die Produktqualität, die Ausführungstermine, die Lieferbedingungen sowie die Unterhalts- und Reparaturleistungen wichtige Entscheidungsmerkmale darstellen können. Einige Teilnehmer warfen ein, dass mit der Kriteriendefinition eine Produktemanipulation seitens Zuschlagsbehörde vorgenommen werden könne. «Das Beschaffungswesen weist durchaus einen Ermessens- und Handlungsspielraum auf. Solange jedoch das Submissionsverfahren für alle Beteiligten transparent ist, und alle Anbietenden gleich behandelt werden, ist dies rechtlich zulässig», sagte Philipp Rupp.

Der im Anschluss offerierte Apéro riche bot allen Gästen die Gelegenheit, weitere Fragen individuell mit den Referenten zu besprechen.

Alexandra Mächler



Landrat Markus Meier spricht am Submissionspodium über das Spannungsfeld zwischen Beschaffern und Anbietern. FOTO MÄCHLER

«TAG DER WIRTSCHAFT» – Mit der Unternehmenssteuerreform III entscheide sich, wie sich die Schweiz im internationalen Standortwettbewerb positioniere, sagt Bundesrat Ueli Maurer.

## «Das Heft wieder in die Hand nehmen»

**Standpunkt:** Herr Bundesrat Ueli Maurer, das Tagungsmotto am diesjährigen «Tag der Wirtschaft» lautet «Erfolgsfaktor Internationalisierung». Wie wichtig ist es, dass sich die Veranstaltung 2016 diesem Thema widmet?

■ **Ueli Maurer:** Es ist tatsächlich eine sehr aktuelle Themenwahl. Am 2. Februar stimmen wir über die Unternehmenssteuerreform III ab. Damit entscheiden wir, wie sich die Schweiz im internationalen Standortwettbewerb positioniert.

TAG DER WIRTSCHAFT  
Eine Veranstaltung der Wirtschaftskammer Baselland

### Welche Bedeutung hat die USR III?

■ Beginnen wir ganz vorne: Schweizer Kantone haben Steuerordnungen, die insbesondere für Holding- und Verwaltungsgesellschaften attraktiv sind. Das hat dazu beigetragen, dass sich viele erfolgreiche Unternehmen hier ansiedelten. Allerdings hatte dieser kantonale Steuerstatus auch zur Folge, dass ausländische Konzerne prozentual weniger Steuern zahlen als ein Schweizer Unternehmen; sie sind gewissermassen privilegiert. Unter dem Druck der G20, der OECD und der EU müssen die Kantone diese Regelungen nun anpassen.

### Was geschieht nun?

■ Jetzt machen wir aus der Not eine Tugend. Wir führen neue Regelungen ein, die international ebenso attraktiv sind, aber nicht umstritten. Denn wir wollen weiterhin zu den attraktivsten Wirtschaftsstandorten der Welt gehören.

### «JETZT MACHEN WIR AUS DER NOT EINE TUGEND.»

### Welches sind die Kernelemente der USR III?

■ Sie besteht aus Steuersenkungen in den Kantonen und aus neuen Abzugsmöglichkeiten für innovative und kapitalintensive Unternehmen. Damit die Kantone ihre Steuern senken können, verschafft der Bund ihnen finanzpolitischen Handlungsspielraum. Die Kantone erhalten einen höheren Anteil an der direkten Bundessteuer. Dieser wird von 17 Prozent auf 21,2 Prozent erhöht. Es fliesst somit Steuergeld im Umfang von rund 900 Millionen Franken, das bisher in die Bundeskasse geflossen ist, neu in den Haushalt der Kantone. Während sieben Jahren wird zusätzlich ein Betrag von 180 Millionen Franken an die ressourcenschwächsten Kantone verteilt. Mit diesen Massnahmen stärken wir den Kantonen finanzpolitisch den Rücken. Das gibt ihnen die Möglichkeit, die Steuern so zu senken, dass sie international wettbewerbsfähig bleiben.

### Was droht uns bei einer Ablehnung der USR III?

■ Früher oder später müssten die Kantone ihre bisherigen Steuerstatus trotzdem aufgeben. Aber es fehlt dann der Ausgleich, den die Unternehmenssteuerreform III vorsieht. Das heisst, dann müssten betroffene Unternehmen massiv mehr Steuern bezahlen. Wir riskieren somit, dass sie abwandern. In einer globalisierten Wirtschaft haben internationale Unternehmen ihren Sitz schnell verlegt. Wir verlieren Arbeitsplätze, Investitionen



Bundesrat Ueli Maurer ist Hauptreferent am «Tag der Wirtschaft» 2016.

FOTO ZVG

und Steuerreinnahmen. Es steht darum viel auf dem Spiel. Die Folgen wären für uns einschneidend. Das zeigen einige Zahlen: Die kantonalen Statusgesellschaften beschäftigen derzeit rund 150 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Schweiz. Auf Kantons- und Gemeindeebene tragen sie 20 Prozent zu den Steuereinnahmen bei. Auf Bundesebene beträgt ihr Anteil an den Gewinnsteuern fast 50 Prozent. Zudem tätigen sie beinahe die Hälfte aller Forschungsausgaben.

### Sie haben von internationalen Konzernen gesprochen. Aber inwiefern sind normale Schweizer KMU davon betroffen?

■ Sie werden von dieser Reform stark profitieren. Denn neu werden nun alle gleich besteuert: Statusgesellschaften werden dann gleichviel bezahlen wie normale Gesellschaften. Das heisst, dass Kantone ihre Steuern reduzieren müssen, wenn sie verhindern wollen, dass sie gute Steuerzahler ans Ausland verlieren. Geplant ist beispielsweise in Basel-Stadt eine Senkung des maximalen Gewinnsteuersatzes für Unternehmen von jetzt 22 Prozent auf neu 13 Prozent und in Basel Land von 20,7 Prozent auf 14 Prozent. Es profitieren also nicht nur wie bisher die ausländischen Gesellschaften, sondern auch die andern, also normale Schweizer Unternehmen, namentlich KMU. Unter dem Strich bedeutet das: Bis-

herige Statusgesellschaften werden etwas stärker belastet als bisher, normale Unternehmen dagegen weniger.

### Wie geht es nun weiter?

■ Der Ball liegt nun bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Sie stimmen am 2. Februar darüber ab. Der technische Titel darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es um eine ganz wichtige Entscheidung für unser Land geht, die uns alle betrifft. Nachdem die Schweiz in den vergangenen Jahren teilweise international unter Druck geraten ist, nehmen wir jetzt das Heft wieder selbst in die Hand. Wir ersetzen die umstrittenen Steuerregelungen durch unbestrittene und bleiben als Wirtschaftsstandort weiterhin an der Spitze.

### «MIT DIESEN MASSNAHMEN STÄRKEN WIR DEN KANTONEN FINANZPOLITISCH DEN RÜCKEN.»

### Welches sind weitere wichtige Standortfaktoren aus Sicht des Finanzministers für den Wirtschaftsstandort Schweiz?

■ Wir haben eine gute Infrastruktur, wir haben gut ausgebildete Arbeit-

nehmer, wir haben Rechtssicherheit, wir haben ein politisch stabiles System. Und wir haben Steuersätze, die nicht so hoch sind, wie in andern Ländern, weil wir vergleichsweise einen verhältnismässig schlanken Staat haben und nicht stark verschuldet sind. Und ganz wichtig: Wir sind ein unabhängiges Land, das seine Politik selbst bestimmen kann.

### Wo gibt es Handlungsbedarf für die Schweiz?

■ Auch wenn der Staat bei uns schlanker ist, und bei uns vieles vernünftiger und pragmatischer geregelt ist als in anderen Ländern, so haben auch wir diese Tendenz zu mehr Staat, mehr Regulierung und mehr Bürokratie. Das ist eine Entwicklung, die mir Sorgen macht.

### Was kann man dagegen unternehmen?

■ Die Bürger müssen kritisch sein und ab und zu auf die Bremse treten. Zum Glück haben wir ja eine direkte Demokratie: Da kann man sich bei jeder Abstimmung die entscheidende Frage stellen: Bringt uns die Vorlage mehr Freiheit oder mehr Staat? Darauf kommt es letztlich an. Und so lange sich die Leute in unserem Land politisch einbringen und mitmachen, bleibe ich optimistisch.

Interview: Daniel Schindler